



22.09.2019

Herausgeber: DPoIG Hamburg

Holzdam 18  
20099 Hamburg  
Telefon (040) 25 40 26 - 0  
Telefax (040) 25 40 26 - 10

[dpolg@dpolg-hh.de](mailto:dpolg@dpolg-hh.de)  
[www.dpolg-hh.de](http://www.dpolg-hh.de)  
V.i.S.d.P.: Joachim Lenders

## **DPoIG Hamburg weist die haltlosen und interessengeleiteten Polizeigewalt-Vorwürfe gegen unsere Kolleginnen und Kollegen im Zusammenhang mit der „Fridays for Future“-Demo auf das Schärfste zurück!**

Nach Angaben der Polizei haben am vergangenen Freitag (20.09.2019) rund 70.000 Menschen friedlich für den Klimaschutz und die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens in der Hamburger Innenstadt demonstriert. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben diese Demonstrationen – wie bereits viele andere zuvor – professionell bewältigt. Allerdings begannen Personengruppen vor dem offiziellen Versammlungsende, Straßen und Kreuzungen zu blockieren. Die Hamburger Polizei hat diese rechtswidrigen Straßenblockaden, dann unter anderem auch durch den Einsatz unmittelbaren Zwangs, beendet. Die Anwendung einfacher körperlicher Gewalt erfolgte jedoch immer erst dann, wenn sich die Blockierer unkooperativ verhielten und den Anweisungen der Polizei nicht Folge leisteten.

Durch das sogenannte Aktionsbündnis Sitzenbleiben!, zudem auch die vom Verfassungsschutz beobachtete linksextreme Interventionistische Linke (IL) gehört, wurden dann Videosequenzen mit der Aussage „Richtig üble Schmerzgriffe!“ über die sozialen Medien verbreitet, die die Vorwürfe rechtswidriger Polizeigewalt durch unsere Kolleginnen und Kollegen „beweisen“ sollten.

**Dazu Joachim Lenders, Landesvorsitzender der DPoIG Hamburg:**

**„Die Vorwürfe rechtswidriger Polizeigewalt als Ergebnis von hemmungslos agierenden Polizeibeamtinnen und -beamten, laufen nach dem immer gleichen Muster ab. Linksradikale und linksextremistische Gruppierungen, wie Ende Gelände und die Interventionistische Linke, begnügen sich nicht mit friedlichem Protest. Sie wollen das ‚System‘, auch durch die Ausübung von Gewalt gegen Menschen und Sachen, überwinden. Das Diskreditieren und Verleumden von Polizeibeamten sind dafür in ihren Augen probate Mittel. Meine Kolleginnen und Kollegen sind Träger des staatlichen Gewaltmonopols und mit dieser besonderen Verantwortung gehen sie rechtskonform, verhältnismäßig und besonnen um, wie sie es bei dieser Großdemonstration erneut unter Beweis gestellt haben.“**

**Wenn interessensgeleitete Gruppierungen, für die das Grundgesetz und das Versammlungsrecht noch nicht einmal empfehlenden Charakter haben, unhaltbare und diffamierende Vorwürfe gegen die Polizei erheben, dann ist das ein durchsichtiges Manöver. Es soll lediglich dazu dienen, friedliche Protestformen zu radikalieren und das gesellschaftliche Klima zu vergiften. Ich weise die Polizeigewaltvorwürfe im Zusammenhang mit der „Fridays for Future“-Demonstration gegen meine Kollegen auf das Schärfste zurück! Diese abenteuerlichen und diffamierenden Vorwürfe sind haltlos und verfolgen offensichtlich wieder nur ein Ziel: jegliche Art eines friedlichen und engagierten Protests zu radikalieren und für die eigenen Zwecke zu missbrauchen.“**

Bei Rückfragen:

Joachim Lenders, Landesvorsitzender